

Der Arbeiterfreund

Wochenschrift für den deutschen Aufbau
Beilage zum „Posener Tageblatt“

11. Folge
15. Juli 1934

Schlagworte

Keine Zeit war so reich an Schlagworten wie die Gegenwart. Schlagworte haben nun die Eigentümlichkeit, daß sie eine halbe Wahrheit ausdrücken und damit den richtigen Gedanken totschlagen. Zur Schwächung eines politischen Gegners sind die Worte „Reaktion“ und „Reaktionär“ seit der liberalen Revolution vom Jahre 1848 im Schwange. Die liberale Denkwelt von damals sah die Entwicklung der politischen Zustände in liberal-demokratisch-parlamentarischem Sinne als „Fortschritte“ zur „Freiheit“ an. „Reaktionäre“ sollten diejenigen sein, die sich diesem „Fortschritt“ widersetzen und das Rad nach der anderen Seite herum drehen wollten. Diese „Reaktionäre“ waren der Ansicht, daß der „Fortschritt“ den Weg abwärts führte, einem Abgrunde zu, in dem der Staat zerbrechen mußte. Die „Reaktion“ von damals, die im Grunde die staats-erhaltenden Kräfte des preußischen Staates verkörperte, hat recht behalten und Bismarck, der als geborener Führer bald darauf die Geschicke des Landes in die Hand nahm, hat während seiner Lebenszeit mit fester Hand das Steuer geführt und das Deutsche Reich geschaffen. Erst nach seinem Tode konnte es unter einer schwachen Staatsführung dahin kommen, daß der „Fortschritt“ in ein parlamentarisches System ausartete und sich schließlich überschlug. Es wird in Deutschland nicht viel Leute geben, die zu den alten Zuständen des Parlaments zurückkehren wollen und die man deshalb in diesem Sinne „Reaktionäre“ nennen kann. Sogar der „Kurjer Pognanski“ sieht in seiner Besprechung der neuesten deutschen Ereignisse ein, daß es für die innerdeutsche Entwicklung kein Zurück zu den früheren Zuständen geben kann.

Aber was haben wir Deutschen in Polen mit dem Schlagwort „Reaktion“ zu tun, das der „Aufbruch“ und seine Nachbeter beständig im Munde führen in der Hoffnung, daß durch die Wiederholung davon etwas hängen bleiben werde? Wie kan man bei uns Schlagworte anwenden, die für die Verhältnisse unserer Minderheit und unseres Landes gar keinen Sinn haben? Liebt man den „Aufbruch“, so soll jeder, der sich seiner Meinung nicht anschließen will, „liberalistisch“, „konservativ“, „marxistisch“, „reaktionär“ sein. Aber ein solches Monstrum von Mensch gibt es nicht und gab es nicht.

Die Deutschen, die hier nach der schweren Umwälzung der Jahre 1918/20 seßhaft geblieben sind, gehören Kreisen an, die von Natur ganz überwiegend der konservativen Geistesrichtung angehören, das heißt einer Bevölkerung, die nach Herkunft und Beruf immer den Sinn für eine ehrenhafte Ueberlieferung und für das geschichtliche Werden gehabt hat und deren Väter sinngemäß vor dem Kriege im großen und ganzen konservativ waren. Das sind also nicht gerade die Träger des Liberalismus gewesen, sondern das Gegenteil. Es sind die Schichten, die letzten Endes den preußischen Staat in seiner geschichtlichen Entwicklung getragen haben. An ihre Ueberlieferung hat auch der Nationalsozialismus in Deutschland weitgehend angeknüpft, und Adolf Hitler selbst hat dieser Ueberlieferung vor fünf Vierteljahren bei seinem Regierungsantritt in Potsdam einen weithin sichtbaren Ausdruck gegeben.

Für unsere hiesige Bevölkerung und ihre politischen Zustände nach dem Kriege bedeutete der Nationalsozialismus keinen Bruch mit der Vergangenheit. Sie konnte mit Selbstverständlichkeit die Grundsätze der Gemeinschaftlichkeit und der nationalen Ehre übernehmen, die im Mutterlande an die Spitze gestellt wurden, eben den Grundsatz, daß der einzelne sich freiwillig dem Ganzen einzuordnen hat. Welche wesentliche Neuerung konnte demgegenüber die Jungdeutsche Partei bringen? Wann ist die Ehre und die Einmütigkeit der Deutschen in der Doffentlichkeit bei uns seit dem Kriege schlechter gewahrt worden als im letzten halben Jahr? Sollte die gewissenhafte Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber dem Staat, dem wir angehören, dadurch besser gewahrt werden, daß man den bisherigen politischen Vertretern unserer Volksgruppe den Vorwurf machte, diese Pflicht nicht richtig gewahrt zu haben? Soll der Grundsatz des Gemeinutzes künftig dadurch zu besserer Anerkennung kommen, daß sich Leute in den Vordergrund drängen, die ihre eigenen Angelegenheiten nicht in Ordnung halten konnten?

Bisher hat die Jungdeutsche Partei mit dem „Aufbruch“ nur das Parteiwesen gefördert. Aber mit dem Parteiwesen können wir nicht zu einer Zusammenfassung unserer Kräfte kommen und noch weniger zu einer wahren Volksgemeinschaft, die uns zu freiwilliger gegenseitiger Hilfe zusammenschließen sollte. Dazu kann uns kein Parteiwesen helfen. Darüber kann uns auch das Schlagwort von der „Totalität“ nicht hinwegbringen, das immer wieder angeführt wird. Dies Schlagwort hat doch wohl nur einen Sinn da, wo die Staatsgewalt erlangt werden kann, um mit ihrem Nachdruck denjenigen zu zwingen, der sich nicht einordnen will. Bei uns ist die „Totalität“ schon deshalb ausgeschlossen, weil die Gesetze unseres Staates der Anwendung auf alle Gebiete unseres kulturellen und wirtschaftlichen Lebens Schranken setzen.

Darum: Umkehr auf dem Holzwege, auf den bei uns die politische Entwicklung geraten ist!

Das „Bekennntnis“ und die 17 Leitsätze der JDP.

Der „Einheitsblock“ ist behördlich genehmigt. Er ist bestimmt, in der „Deutschen Vereinigung“ aufzugehen, deren Genehmigung — weil für zwei Wojewodschaften zu erteilen — noch immer in der Schwebe ist. Diese Verbände sollen der Rahmen für eine einheitliche und parteilose politische Zusammenfassung unserer deutschen Volksgemeinschaft in Posen und Pommerellen sein.

Wollen und Aufgabe dieser Einheitsorganisation sind programmatisch in dem „Bekennntnis“ niedergelegt, das allen Deutschen unseres Gebiets zur Stellungnahme vorliegt. Auch in Oberschlesien hat dies Bekennntnis großen Eindruck gemacht. Nicht zum wenigsten wegen der Klarheit seines Ausdrucks und seiner eindringlichen Sprache. Es könnte auch dort die Grundlage für eine innere Sammlung aus der Parteizerrissenheit werden. Die Vertreter der völkischen Deutschen Partei in Oberschlesien haben hervorgehoben, daß das „Bekennntnis“ keinen Bruch mit dem deutschen Gemeinschaftswillen der Vergangenheit bedeutet, sondern daß es ihm nur den Ausdruck gibt, wie ihn heute das ganze deutsche Volk empfindet. Auch die früheren Jungdeutschen Oberschlesiens, die sich seit Östern um eine Einigung der ober-schlesischen Parteien bemühen, haben in dem „Bekennntnis“ ihre Auffassung unserer deutschen Aufgabe bestätigt gefunden.

Vergeblich wollen die Versammlungsredner der Jungdeutschen Partei ihren Hörern einreden, daß das „Bekennntnis“ nichts sei als eine Wiedergabe ihres Programms der „17 Leitsätze“. Das „Bekennntnis“ ist nur ein Beweis dafür, daß die politische Haltung gerade unseres Gebiets in allem Wesentlichen auch früher schon diejenige war, die nun mit großem Wortgepränge von dieser Partei gefordert wird. Zugleich ist sie ein Beweis dafür, daß der Anspruch der Jungdeutschen Partei, die alleinige Trägerin des geistigen Zusammenhangs mit dem deutschen Gesamtvolk zu sein, unbegründet ist.

Selbständig und andersartig ist im Programm der Jungdeutschen Partei nur ihre Organisation als Partei, ihr Anspruch auf Unterwerfung unserer Deutschen unter eine, wie wir meinen, menschlich und politisch unzulängliche Führung. Diese Führung ist sachungsmäßig so verlausuliert, daß sie praktisch unabweisbar und in Bielitz verankert ist. Darüber haben freilich die hiesigen Werber der JDP, anfangs wenig nachgedacht. So wie sie ihren bisherigen Führern nach Laune die Gefolgschaft aufkündigten, glauben sie es auch mit der Bielitzer Hauptleitung machen zu können. Nach den Ausführungen eines ihrer führenden Intelligenzler ist ja bei der Neuorientierung das Gefühl maßgebend und der Verstand untergeordnet. Aber rasch genug ist man bei diesem Hindernis festgefahren, so wie es sich schon früher in Oberschlesien ausgewirkt hat.

Einzelne Parteiredner betonen, daß der „deutsche Sozialismus“ das besondere im Programm der JDP sei. Aber das ist nicht richtig. Die „17 Leitsätze“ weisen ebenso wie die reichsdeutsche Erneuerung den Sozialismus der marxistischen Geistesrichtung ab und sehen in ihr den ärgsten Feind. Das Privateigentum wird vom neuen Deutschland nicht nur anerkannt, sondern als

Grundlage der Arbeit, des Wohlstandes und der Kultur des deutschen Volkes angesehen. Das neue Deutschland ist grundsätzlich ein Förderer der persönlichen Talente auch im Erwerbsleben. Unter dem „deutschen Sozialismus“ ist nach den Worten des deutschen Führers diejenige Geisteshaltung zu verstehen, in der die großen Könige ihren Staat geführt haben, sich selbst als den ersten Diener des Staates zu betrachten und nach dem Wahlspruch „sum cuique“, d. h. „Jedem das Seine!“, zu handeln. Das ist die geistige Haltung auch Bismarcks gewesen, der für seine Grabinschrift das Wort anordnete: „Hier ruht ein treuer Diener“.

„Jedem das Seine!“ ist also ein wesentlicher Grundsatz des deutschen Sozialismus im Gegensatz zur marxistischen Parole: „Jedem das Gleiche“. Außerdem aber enthält der deutsche Sozialismus den Willen zur Volkseinheit, zum Ausgleich der Klassen- und Standesunterschiede, zum Gemeinut, der vor Eigennutz gehen soll, zur Ueberordnung des Gemeinutzes über alle Wünsche des einzelnen und zum Opferwillen. Diese Grundsätze sind im „Bekennntnis“ klar ausgesprochen, es tut wenig zur Sache, ob man dafür das so vieldeutig angewandte Wort „Sozialismus“ gebraucht.

Die Ausführungen der „17 Leitsätze“ über diesen Punkt sind nur ein Abklatsch von Regeln, die in Verhältnissen gebildet sind, wo Volkstum und Staatsgewalt zusammenfallen. Oder was soll es bedeuten, wenn es in den „17 Leitsätzen“ heißt: „Wir erkennen das Privateigentum an, jedoch muß es ehrlich erworben sein und so angewendet werden, daß es der Volksgemeinschaft dient.“ Das klingt großartig; aber hat es im Ernst eine Bedeutung? Hat die JDP, bisher in den 12 Jahren ihres Bestehens eine Aufsicht eingelegt, ob ihre Mitglieder ihr Vermögen so angewendet haben und anwenden, „daß es der Volksgemeinschaft dient“? Und haben alle ihre Mitglieder diese Prüfung bestanden? Das sind doch nur tönende Worte, die im besten Falle — aber schlecht formuliert — den Willen zur Volksgemeinschaft ausdrücken sollen, den auch die anderen haben. In einem Programm, das Klarheit braucht, waren sie mindestens überflüssig, zumal die JDP eine andere Rechtsordnung des Privateigentums weder durchführen noch auch nur anstreben kann.

Dagegen fehlt in den unbestimmt gehaltenen Sätzen der JDP jede Klarheit, wie sie sich eine Einwirkung auf das Wirtschaftsleben vorstellt. Das „Bekennntnis“ hat demgegenüber eine klare Grenze für das politische Streben gezogen, indem es feststellt, daß die kulturellen und berufständischen Organisationen außerhalb des politischen Feldes nach den Gesetzen selbständig geführt werden müssen. Dieser Punkt ist in den „17 Leitsätzen“ übergangen und durch zahlreiche Artikel des „Aufbruchs“ durchaus verwirrt. Ein politisches Programm einer Minderheit braucht aber gerade über diesen Punkt volle Klarheit, es handelt sich für sie dabei um eine Lebensfrage ihrer Sondereinrichtungen als Minderheit. Die Bielitzer Leitsätze sind leider in Krähwinkel formuliert, und ihre propagandistische Ausbreitung ist nur geeignet, die Anschauungen über die Grenze zu verwirren, die uns als Minderheit im Staate gesetzt sind.

Die Partei der Mitläufer

In den vergangenen Zeiten des parlamentarischen Systems, als die „Souveränität des Volkes“ proklamiert und die „Masse Mensch“ vergöttert wurde, hatte jede Partei ihr prächtiges Programm und versprach jedem alles. Die Parteiprogramme waren wohlweislich ungemein elastisch geformt, sie konnten so und konnten auch anders ausgelegt werden — je nach Bedarf, je nach Erfordernis der Lage. Eine Partei, die auf Ehre und die nach Parteibegriffen dazu gehörige Elastizität hielt, war wie der Stagenhelfer eines Warenhauses jederzeit in der Lage, jedem Kunden der verschiedenen Berufsstände und Ansprüchen mit den Angeboten ins Gesicht zu springen, die gerade am Platze waren.

So erfuhren wir gelegentlich aus dem Munde braver bürgerlicher Parteiredner im passenden Augenblick, daß seine Partei im Arbeiter der schwierigen Faust (wie man dann außerordentlich schön zu sagen pflegte) das Fundament des Staates sehe. Die klassenkämpferische Sozialdemokratie hatte die Vernichtung des Privateigentums und insbesondere die Vertilgung des Mittelstandes, der für sie wegen seiner soziologischen Bedeutung gefährlich war, in ihrem Parteiprogramm „verankert“. Wir erlebten plötzlich, daß diese Sozialdemokratie ihr warmes Herz für die Belange des Mittelstandes entdeckte und um die geneigte Gefolgschaft dieses Mittelstandes warb. Die parlamentarischen Parteien proklamieren stets das als ihre „unverzichtbare Forderung“, was ihnen aus taktischen Gründen jeweils am meisten zugkräftig erschien. Und mit dieser Auswahlendung aus ihrem reich assortierten Vorratslager

an Programmpunkten zogen dann ihre Ueberzeugungstreuen, im Afford oder gegen Fixum bezahlten Wanderredner in den (Wahl-)Kampf der (Kraft-)Wagen und (Sprechhor-)Gefänge.

Wer vieles bringt, wird vielen etwas bringen! — war ihr Grundsatz, und mit diesem Grundsatz wandten sie sich an alle, die gewohnheitsmäßig auf die am meisten schillernden Versprechungen herbeizufallen beliebten, an die Dummheit, die befänglich nie alle werden. Die Parteien wandten sich an die, die sich keine Mühe nahmen, die Versprechungen auf ihre Echtheit zu prüfen, die die Programme gar nicht kannten und verzückt den Verheißungen der Parteierwerber folgten, wie dereinst die Kinder von Hameln den betörenden Flötentönen des Rattenjägers. Ewig unbeantwortbare Frage: warum folgten sie? Auch das Geheimnis des Rattenjägers von Hameln hat noch keine Erklärung gefunden.

In den meisten Fällen wird es sich bei den politischen Kindern, die den Ladrufen der Parteien folgten, wohl um solche Menschen gehandelt haben, die irgendetwas auf galliger Leber hatten und diesen Neger nun abschütteln wollten. Das konnten sie am besten tun, indem sie in öffentlicher, geheimer Wahl mutigen und flammenden Protest einlegten gegen diejenigen, die gerade am Ruder waren und insfolgedessen selbstverständlich am Kummer des einzelnen die Schuld tragen mußten.

Alte parlamentarische Spielregel: wer dagegen ist, hat recht. Immer der, der „dagegen“ ist. Es ist ja so unendlich einfach, immer „dagegen“ zu sein. Die ständige

Konservatismus ist der Verstand einer Nation. Der deutsche Konservatismus, nicht als Partei, sondern als Bewußtsein, war die Voraussetzung, unter der wir den Krieg nur gewinnen konnten. Und auch nach diesem Kriege ist der konservative Verstand der einzige, der die Begebenheiten aus dem Ganzen versteht und sich nicht erst darüber zu wundern braucht, daß die Revolution (von 1918) versagte und der Friede uns in 14 Punkten betrog.

Moeller van den Bruck.

Aufeinanderfolge von „Hosiannah!“ und „Kreuziget ihn!“ wird sich immer und ewig wiederholen, solange nach Mehrheiten darüber abgestimmt wird, wer recht hat! Das erhebende Wort von der Souveränität des Volkes, von dem laut Artikel 1 der Weimarer Verfassung z. B. „alle Gewalt“ ausgehen soll, führt nicht zur erhöhten Verantwortung jedes einzelnen, nicht einmal der paar hundert gewählten Volksvertreter, sondern zu der multiplizierten und potenzierten Verantwortungslosigkeit der Millionen von Wählern. Was einst Bismarck dem Demokraten Eugen Richter ins Gesicht rief, gilt für das ganze System der Demokratie: „Es ist so leicht, so unfruchtbar, alles zu verneinen und sicher zu sein, daß man nie auf die Probe gestellt werden kann, es besser zu machen.“

Es waren die Mitläufer, an die die parlamentarischen Parteien sich wandten. Die Mitläufer brachten heute der einen, morgen der anderen Partei den „Sieg“, nicht das kleine Häuflein der von der Idee oder vom Programm der Partei Befessenen oder Ueberzeugten. Dieser Millionenarmee von Mitläufern mußten die Parteien den Himmel auf Erden versprechen. Die Cäsaren im alten Rom hielten sie mit dem Versprechen: „Panem et Circenses!“ (Brot und Zirkusspiele) bei guter Laune.

Bei uns strömen die Mitläufer der Jungdeutschen Partei zu, die seit einigen Monaten in unserem Gebiete die Werbetrommel rührt. Da sehen wir sie alle, die ewig Mißvergnügten, denen auch bei strahlendem Sonnenschein die Sonne nicht hell genug scheint, denen selbst im Jahre 1928 der Roggen und der Weizen noch nicht teuer genug war und die niemals da zu finden waren, wo es galt, ohne Anspruch auf Titel, Orden und Ehrenzeichen oder auf Altersversorgung am Aufbau des Deutschtums mitzuarbeiten. Heute blüht ihr Weizen, aber es ist ein giftiger Weizen, und er wird niemals so hoch im Kurse stehen wie der Weizen, auf dem sie im Sommer 1928 sitzen geblieben sind. Heute können diese mißvergnügten Bekrämmerer alles von der Leber weg reden, womit sie bisher nur im engen Kreise ihrer Gleichgesinnten und am Stammtisch recht behielten. Heute können sie das Gift der ewigen Riesmacherei öffentlich versprechen, und — sie finden in ihren Volkssammlungen Beifall, rauschenden Beifall sogar, wenn sie genügend hilfreiche Hände zum Klatschen mitbringen! Heute wird diesen Predigern des Hasses, diesen hämischen Lästermäulern von den Parteifunktionären beiseite, daß sie wahrhaft völkisch seien mit ihren Worten, Volksfeinde aber diejenigen, die ohne Worte, doch mit der Tat völkische Arbeit geleistet haben. Das souveräne Volk jubelt über seine neuen Helben, die bisher jegliche Bindung an die deutsche Gemeinschaft als Beeinträchtigung ihrer persönlichen „Freiheit“ entrüftet zurück-

gewiesen haben, heute aber mit hohlen Worten, und immer doch nur mit Worten, in ihr schwelgen.

Da sind diejenigen unter den Mitläufern, die Groß im Herzen tragen, weil sie auf einer deutschen Bank einmal eine Stunde haben auf den Direktor warten müssen (was Herr Wiesner in einer öffentlichen Versammlung als ruhloses Verbrechen „Brandmarke“), da sind die, die empört sind, weil ihre Genossenschaft es unerhörterweise gewagt hat, sie an die Zahlung ihrer rückständigen Zinsen zu mahnen, während sie doch als Deutsche glauben in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ihnen auch das Kapital auf Kosten ihrer Mitmenschen und Nachbarn geschenkt würde. Und da sind die, denen niemand mehr helfen kann, weil sie sich selbst durch Leichtsinns zugrunde gerichtet haben, und für die ihre Nachbarschaft schon genug Opfer gebracht hat, die aber immer weitere Opfer verlangen, weil sie beim Opfern immer nur Nehmende, niemals aber Gebende sein wollen.

Und bei uns kommt noch eine andere Sorte Mitläufer hinzu, die wir vordem nicht gekannt haben. Es sind Menschen, die bisher den lieben Gott einen guten Mann und Politik haben Politik sein lassen. Sie haben seit dem 30. Januar 1933 von jenseits der Grenzpfähle vernommen, daß diejenigen geehrt wurden und Vorzüge genossen, die beizuteilen „richtig gelegen“ hatten, sich rechtzeitig die Parteizugehörigkeit erworben hatten. Sie witterten etwas, die Harmlosen. Kam da ein irgendein Versammlungsredner! Das Maß seiner Reden hatte er sich nach den Rednern der wirklichen Volksbewegung jenseits der Grenze zurechtgeschnitten: „Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat er ihm glücklich abgeguckt!“ Und der sagte, die Jungdeutsche Partei werde ihre „alte Garde“ zu ehren wissen und nur ihr dereinst das Recht zur Kritik zugestehen — deshalb: hinein in die Jungdeutsche Partei, es ist unwiderruflich letzte Gelegenheit! 13 Mitglieder umfaßte die „alte Garde“ am 30. Januar 1933 — unerlöschliche Möglichkeiten winkten denjenigen, denen der Traum den Wunsch vorgaukelte, sie könnten dereinst auch einmal zu einer „alten Garde“ gehören, gleichviel wo und wie!

Wir sehen gewiß auch in den Reihen der Jungdeutschen einen Teil unserer Jugend. Diese jungen Menschen glauben, daß die Partei das erfüllen wird, was aus ihrer anständigen Gesinnung, aus ihren ehrlichen Herzen an Hoffnung und Sehnsucht erwachsen ist und was sie in Taten verwirklicht sehen will. Wir tadeln diese Jugend nicht, wir achten ihre ehrliche Begeisterung. Diese Begeisterung ist niemals Sünde, denn sie wurzelt in der Leidenschaft. Leidenschaft aber gehört zur Jugend, wenn sie überhaupt Anspruch darauf erhebt, jung zu sein. Karrieremacher aber sind nie jung. Es ist uns stets eine klare Gewißheit gewesen, daß wir uns mit der ehrlichen Jugend wieder finden werden, weil sie mitarbeiten, mitwirken will beim Aufbauen, nicht aber Kärner sein will beim Abbrechen.

Niemand täusche sich aber und sehe das als Bewegung an, was letzten Endes nur Tummelplatz der Ehrgeizigen, Zukunftsgekommenen ist. Die Jugend ist nur Vorpann, nicht Träger dieser Partei. Durch Schimpfen und Schreien sucht die Partei den Anschein zu erwecken, als sei sie Bewegung. Man kann zwar Bewegung vortäuschen, aber man tritt doch nur auf der Stelle! Md.

An den Pranger, Herr Wiesner!

In Nr. 17 des „Aufbruchs“, des Organs der Jungdeutschen Partei, findet sich folgende Notiz:

„An Herrn Abgeordneten von Saenger! In einem von Ihnen herausgegebenen Flugblatt haben Sie die Stirn zu erklären, daß ich mir von der Partei vor Jahren habe 75 000 als Jahresgehalt bewilligen lassen. Ich erkläre hiermit öffentlich, daß dieses Gerücht von Ihnen erlogen und Sie mich in der gemeinsten Weise verleumdet haben. Ing. Wiesner.“

Weil es sich hier um ein Schulbeispiel dafür handelt, in welcher unlauteren Weise Herr Wiesner und seine Jungdeutsche Partei agitieren, stellen wir folgendes nochmals fest (vgl. auch „Wahrheit“, Folge 9 vom 1. 7.):

Der Ing. Wiesner hat sich vor einigen Jahren für die Bauaufsicht bei der Bielitzer Talsperre, die auf 2 Jahre berechnet war, 150 000 Zl bewilligen lassen, also jährlich 75 000 Zl. Hierüber hat die „Wahrheit“ Nr. 4 vom 26. 5. 1934 unter der Ueberschrift: „Durch die Talsperre in die Politik“ folgendes berichtet: „... Erst im Jahre 1929 empfand Herr Wiesner das Bedürfnis, aus dem „Berein“ eine „Partei“ zu machen, und dieser Entschluß hatte folgende Vorgeschichte: Herr Ingenieur Wiesner war seinerzeit als Kandidat der Deutschen Wahlgemeinschaft (Deutsche Partei und Christlich-soziale Volkspartei) in den Bielitzer Gemeinderat gewählt worden. Als Ingenieur wurde er Mitglied der Baukommission und sogar deren Vorsitzender. Als solcher setzte er sich sehr stark für das Projekt des Baues einer Talsperre zur Wasserversorgung der Stadt Bielitz ein, das auch später angenommen wurde.“

In diesem Projekt, das eine Bauzeit von zwei Jahren vorsah, war für die Bauleitung ein Pauschalhonorar von 150 000 Zloty ausgesetzt. Herr Wiesner bewarb sich selbst um diese Bauleitung, und die Stadtverwaltung war geneigt, sie ihm zu übertragen.

Allerdings erhob die Wojewodschaft Einspruch, weil sie es für unzulässig hielt, daß die Bauleitung und die Ueberwachung des Baues durch die Baukommission in eine Hand gelegt würden. Herr Wiesner erhielt also die Bauleitung nicht, was für ihn umso schmerzlicher war, als er eine gute Stellung bei einer Bielitzer Baufirma inzwischen aufgegeben hatte.

Er beschuldigte nun den deutschen Bürgermeister und seine Kollegen

im Gemeinderat, daß sie sich nicht hinreichend für ein persönliches Interesse eingesetzt hätten, er kündigte der Wahlgemeinschaft die Freundschaft auf, und bei den letzten Bielitzer Kommunalwahlen im Dezember 1929 marschierte zum erstenmal die Jungdeutsche Partei mit einer eignen Liste auf und errang damals drei Mandate für sich. Von diesem Zeitpunkt an datieren nun die unerfreulichen Reibungen und Zänkereien innerhalb des Bielitzer Deutschtums, die allerdings noch einige Jahre auf den Ort Bielitz beschränkt blieben.“

Von diesen Feststellungen hat der Parteiführer Herr Ing. Wiesner keine Notiz genommen. Kurz darauf ist in

einem Flugblatt, für das der Abgeordnete von Saenger preßgesetzlich verantwortlich zeichnete, das gleiche wiederholt worden mit den Worten:

„Herr Wiesner ist derjenige, der hier bei uns die angeblichen „Bonzen“ beschimpft, obgleich hier niemand auch nur im entferntesten ein Jahresgehalt von 75 000 Zl bezieht, wie sich das Herr Wiesner vor einigen Jahren in Bielitz hat bewilligen lassen.“

Der auf seine Ehre so bedachte Parteiführer Ing. Wiesner reagiert hierauf auch nicht sofort, sondern erst nach mehreren Wochen.

Offenbar hoffte er, daß den Lesern des Flugblattes der genaue Inhalt nicht mehr erinnerlich sein würde und trat nun mit der obenangeführten Erklärung hervor. Er unternahm dabei die Fälschung — man lese genau den oben zitierten Text des Flugblattes! — zu unterstellen, daß Herr von Saenger behauptet habe, Wiesner habe sich von der Partei 75 000 Zl bewilligen lassen!

Mit Hilfe dieser bewußten Fälschung versucht er, Herrn Abgeordneten von Saenger als Lügner und Verleumder hinzustellen.

Wir erklären, nicht der ist ein Verleumder, der den Inhalt einer unwidersprochen gebliebenen Behauptung wiederholt. Derjenige verleumdet und vergeht sich an der Ehre des Volksgenossen, der mit Hilfe einer Fälschung dem anderen Behauptungen unterstellt, die niemals gesagt worden sind!

Dieses Beispiel, Herr Wiesner, ist trefflich geeignet, sich mit Ihren Kampfmethode und deren Ihrer Jungdeutschen Partei vertraut zu machen.

Das Deutschtum soll wissen, daß nicht diejenigen einen Makel haben, die von der Jungdeutschen Partei dauernd mit Schmutz beworfen werden!

Wir werden nicht zulassen, daß die Männer, die restlos für ihr Volkstum sich einsetzen, als Sie mit Ihrer Jungdeutschen Partei es noch nicht taten, von dieser beschimpft werden. Unsere deutschen Volksgenossen sollen wissen, daß nur die unwahrhaftigen, demagogischen Methoden der Jungdeutschen Partei es vermocht haben, Gutgläubige in Ihre Reihen zu ziehen. Unsere deutschen Volksgenossen haben inzwischen schon gemerkt, wo die üblen Verleumder sitzen!

Das Ende der „Danziger Allgemeinen Zeitung“

Die Generalversammlung der „Danziger Allgemeinen Zeitung“, Aktiengesellschaft in Danzig, hat vor einigen Wochen die Liquidation beschlossen. Die Zeitung, die früher die Ziele der Deutschen Nationalen Volkspartei im Freistaat Danzig vertrat, betätigt sich seit einiger Zeit als Mitteilungsblatt der „Jungdeutschen Partei in Polen“ und versucht, auch in unserem Gebiete Boden zu fassen und dadurch wieder ihre Rentabilität zurückzugewinnen. Versuche, die „Danziger Allgemeine Zeitung“ in irgendeiner Form zu erhalten, sind nach unseren Informationen erfolglos geblieben. Ueber den Zeitpunkt für die Durchführung der Liquidation liegen bisher noch keine Nachrichten vor.

Aktive, passive Loyalität?

Ein neues böses Schlagwort der Jungdeutschen Partei

Aus unserem Leserkreise erhalten wir nachstehende beachtenswerte Zuschrift, deren Inhalt wir uns durchaus anschließen:

Auf einer jungdeutschen Versammlung in Nehtal am 23. Juni erklärte ein sehr geschäftiger jungdeutscher Parteiredner in Gegenwart von Vertretern der polnischen Ortsbehörde: Die Jungdeutsche Partei werde dem polnischen Staat gegenüber aktive Loyalität üben, während die Nicht-Jungdeutschen (Anhänger des Jung- und Einheitsblocks) weiter passiv loyal bleiben wollen. (Mit diesem Schlagwort arbeiten jetzt die jungdeutschen Redner auf allen Versammlungen.)

„Loyal“ (sprich loajal) ist ein französisches Wort und heißt zu deutsch: gefehmäßig, pflichtmäßig, zur Regierung haltend. „Loyalität“ übersezt das deutsche Wörterbuch auch mit Biederkeit, Gutgesinntheit, Untertanenreue. Das Gegenteil von „loyal“ ist „illoyal“ d. h. „nicht loyal“. Nach jungdeutscher Meinung gibt es zwei Arten von Loyalität: die aktive und die passive, d. h. zu deutsch: die tätige und die untätige.

Der jungdeutsche Redner hat also in Nehtal vor Polen behauptet: Die Deutschen unseres Gebietes, soweit sie zu der alten und gegenwärtigen Führung stehen, seien dem polnischen Staat gegenüber zwar gefehmäßig, pflichtmäßig, treu, aber — sie bleiben in dieser Haltung untätig! Nehnliches haben bisher die ärgsten Deutschen hasser unter den Polen nicht behauptet, um damit ihre deutschfeindlichen Forderungen zu rechtfertigen. Dem jungdeutschen Redner ist es wohl nicht zum Bewußtsein gekommen, auf welche Seite er sich mit seinem schlimmen Wort gestellt hat.

Ein polnisches Blatt in Pommerellen hat bereits eifrig das Stichwort von der „passiven Loyalität“ aufgegriffen

und seinen Lesern mitgeteilt: „Jungdeutsche“ und „Altdeutsche“ sind beide nationalsozialistisch, hitlerisch; aber die „Altdeutsche“ („Junkerpartei“) bilden den hafatistischen Flügel, die „Jungdeutsche“ den polenfreundlichen, loajalen. Ist es nicht traurig und beschämend, daß Deutsche in Polen in ihrem blinden Parteieifer sich so weit gehen lassen, dem unberechtigten Mißtrauen der Polen gegen das Deutschtum neue Nahrung zu geben, indem sie selber den Polen jagen: Seht, diese und diese Deutschen sind untätig und gleichgültig in ihrer Einstellung zum polnischen Staat?

Was soll man nur von solch einem Gebaren denken, das einen Großteil der eigenen Volksgruppe beim herrschenden Mehrheitsvolk in Mißkredit bringt und jegliche Wahrheitsgrundlage entbehrt? Die Jungdeutschen haben doch gewiß das gemeinsame Bekenntnis des Pommereller Jungblods und des Polener Einheitsblods gelesen. Dort heißt es im 2. Artikel u. a.:

„Wir Deutsche in Polen und Pommerellen bekennen uns zu den Pflichten, die uns als Bürger des Polnischen Staates auferlegt sind. — Mit dem polnischen Mehrheitsvolk wollen wir in gegenseitiger Achtung gutes Einvernehmen halten.“

Und Herr von Wühlchen hat bei der Eröffnung der BDA-Tagung in Mainz im Namen aller Auslandsdeutschen der Welt in seiner Begrüßungsrede u. a. folgendes gesagt:

„Es ist doch so, daß wir Deutschen draußen in zwei heiligen Ringen stehen: Der eine Ring ist unser Volkstum, der andere unsere Heimat und deren Bindung an ein Staatswesen, das wir mit anderen Völkern, in erster Linie mit dem staatsverwaltenden Volk, gemeinsam zu tragen haben. Es gilt dem Volk zu geben, was des Volkes ist, in erster Linie die Pflege des kulturellen Eigenlebens und der lebendigen Gemeinschaft aller Deutschen über die vielen uns trennenden Staatsgrenzen hinweg, und es gilt dem Staate zu geben, was des Staates ist, und aus der engen Volksverbundenheit mit unserer heimatlichen Scholle alle Spannungen zu überwinden, die wegen des Volkstums die Heimatgebundenheit draußen und wegen des Aussehens auf dem Posten, auf den das Schicksal uns gestellt hat, das Volkstum gefährden könnten. Das ist unsere Sendung, das ist unser Kampf, das ist unsere Sorge, das soll uns in aller Härte des Ringens zum Segen werden.“

Hinter diesen Bekenntnissen stehen deutsche Menschen, die es wissen, daß „Ein Mann, ein Wort“ deutscher Lebensgrundsatz ist.

Der polnische Ministerpräsident Jedrzejewicz verlangte in einer seiner trefflichen Reden für Polen „wollende Menschen, die ein Verlangen beherrscht, bewußt an der Arbeit der im Staate organisierten bürgerlichen Gesellschaft teilzunehmen und damit gleichzeitig an der Erhöhung seiner materiellen Kultur, an der Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse und an der Bildung neuer, geistiger Werte mitzuwirken.“ Nun, der Deutsche in Polen gehörte immer zu diesen „wollenden Menschen“, wie sie in unseren Tagen Minister Jedrzejewicz verlangt. Dr. Kurt Lüd's neuestes Buch: „Deutsche Aufbauarbeit in der Entwicklung Polens“ ist ein herrliches und unwiderlegbares Zeugnis für die aktive Loyalität der Deutschen im alten Polen. Bewußt ihrer ruhmvollen Vergangenheit im ostmitteleuropäischen Raum, wollen auch die Deutschen im neuen Polen aufbauend wirken.

Das ist von ihren Führern immer wieder frei und offen gesagt worden und hat durch

Saltung und Tat unserer Volksgruppe

lebendigen Ausdruck gefunden. Die Reden und Forderungen der deutschen Abgeordneten in Sejm und Senat waren erfüllt von echt staatsbürgerlichem Geist. Die Deutschen gehören in Polen zu den sichersten Steuerzahlern. Die jungen Deutschen in der polnischen Armee fanden immer die Anerkennung ihrer Vorgesetzten. Und wenn die Deutschen in Polen für ihre Volkstumsrechte eintreten, tun sie es nicht nur aus innerem Herzen, sondern auch deshalb, weil das Gesetz (Verfassung, Minderheitenschutzvertrag) es ihnen befiehlt. Als „nationale Minderheit“ sind sie freilich aus der staatlichen Verantwortung im weiten Maße ausgeschaltet; ihren angeborenen und anerzogenen Willen zur aktiven Loyalität ist von den Trägern polnisch-staatlicher Souveränität eine Grenze gesetzt.

Das alles wissen die Jungdeutschen ganz genau, und dennoch fälseln sie von „passiver Loyalität“.

Streng genommen gibt es überhaupt keine passive Loyalität, denn Gehorjam gegenüber dem Gesetz und staatsbürgerliche Pflichterfüllung sind Eigenschaften, die sich nur

Wer will,
ist still.
Nur wem heimlich vorm Ernste graut,
wird überlaut. **Stammler.**

Rede Witzlebens in Pleschen

Am Sonnabend, dem 7. Juli, fand in Pleschen im Saale der Post-Streckerischen Anstalten eine Versammlung statt, zu der etwa 200 bis 250 persönlich geladene Volksgenossen aus allen Schichten der Bevölkerung erschienen waren. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vortrag des Herrn von Witzleben - Wiszkowo, des Vorsitzenden des deutschen Zentralvereins, über die Aufgabe der deutschen Volksgruppe in Polen. Die Versammlung wurde von Herrn von Becker-Kuczkow, geleitet.

Aus den Ausführungen des Herrn von Witzleben seien folgende Punkte hervorzuheben: Die deutsche Volksgruppe in Polen hat besondere Aufgaben zu erfüllen. Diese liegen in erster Linie auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete. In den letzten Monaten jedoch versuchen Volksgenossen, die sich in der Jungdeutschen Partei organisiert haben, das Schwergewicht unserer Betätigung auf das politische Gebiet zu verlegen. Wir sind seit einiger Zeit Zeugen eines Bruderkampfes, der sich für uns alle nachteilig auswirken muß. Der Parteistreit, der uns seit dem Jahre 1920 unbekannt war, ist durch die Agitation gewisser Kreise aufgebläht, der alle Verantwortungsbewußten mit großer Sorge erfüllt. In die Reihen der Jungdeutschen haben sich vor allem die gemeldet, die durch die Wirtschaftskrise zu Boden geworfen worden sind. Weiterhin sind in der Jungdeutschen Partei viel junge Menschen zu finden, die zum großen Teil von bestem Willen befeuert sind, jedoch in ihrem Eifer nicht die wahre Aufgabe erkennen, die uns als Minderheit gestellt sind. Man glaubt auf der Gegenseite, auf revolutionärem Wege der neuen deutschen Weltanschauung zum Siege zu verhelfen. Daß wir aber als Minderheit uns den politischen Gegebenheiten anpassen müssen, wird von ihnen nicht erkannt. Wir können das Ziel der völkisch-sozialistischen Idee auf dem Wege der Entwicklung, der Evolution, erreichen. Der Weg der Revolution ist bei uns nicht möglich, da wir keine Machtmittel besitzen, um der Durchführung der neuen Weltanschauung Nachdruck zu geben.

Die deutsche Volksgemeinschaft kann nur durch gegenseitiges Vertrauen hergestellt werden.

Ein Kampf aller gegen alle verzehrt unsere Kräfte und gefährdet das, was wir in mühsamer, jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut haben. Deshalb ist es die Pflicht eines jeden verantwortungsbewußten Deutschen, sich einzuordnen und mitzuarbeiten an der wahren echten Volksgemeinschaft. Die Geschichte wird ihr Urteil einst über unsere Tätigkeit fällen. Nicht diejenigen werden vor ihr bestehen, die große Worte gemacht, sondern nur diejenigen, die durch die Tat bewiesen haben, daß es ihnen um die Erhaltung unserer Volksgruppe ernst gewesen ist. Unsere wichtigste Aufgabe ist die Befestigung der sozialen Not in unseren Reihen. Da darf sich keiner ausschließen, wenn es gilt, dem Volksgenossen, der erwerbslos oder krank und alt ist, helfend zur Seite zu stehen. Bei dem Werk der Nothilfe hat ein jeder Gelegenheit zu beweisen, ob er gewillt ist, für den Nächsten Opfer zu bringen, oder ob er nur ein Lippenbekenntnis ablegt.

Die Ausführungen wurden wiederholt von starkem Beifall unterbrochen, der dem Vortragenden zeigte, daß er den Zuhörern zu Herzen gesprochen hatte.

An der Aussprache beteiligten sich einige Jungdeutsche, die in Stärke von etwa 20 Mann an der Versammlung teilgenommen hatten. Von jungdeutscher Seite sprach ein ehemaliger Banklehrling, der behauptete, man müsse auch jungen Leuten verantwortungsvolle Posten übertragen, denn die Jugend habe auch ein Recht auf Führung. Ein Gutspächter aus dem Nordwesten der Wojewodschaft, der die weite Reise in den Süden der Provinz nicht gescheut hatte, versuchte den Nachweis zu erbringen, daß der revolutionäre Weg beschritten werden müsse. Die Ausführungen eines Anstalters, der durch die Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen worden ist, boten in ihren Anwürfen gegen die bisherige Führung nichts Neues.

Von den anderen Debattierenden waren die Bemerkungen des Herrn von Jounne und des Bauern Wolke nstein beachtenswert. Herr Kraft, Bromberg, führte in dem Schlußwort aus, daß nicht die Jungdeutsche Partei unsere Volksgenossen auf die große Aufgabe und Verpflichtungen hingewiesen hat, sondern daß wir alle durch die gewaltige Tat des Führers wach gerüttelt worden sind. Die Jungdeutsche Partei hat auch heute noch nach 12jähriger Tätigkeit in Bielitz und Oberschlesien keine Erfolge aufzuweisen. Weder auf kulturellem noch auf wirtschaftlichem Gebiete spielt die Jungdeutsche Partei in Bielitz und Oberschlesien eine Rolle.

Die Versammlung hat den Beweis dafür erbracht, daß in Pleschen unsere Volksgenossen gern bereit sind, ihre Kräfte in den Dienst unserer Volksgruppe zu stellen, daß sie es aber energisch ablehnen, revolutionäre Methoden zu gebrauchen, die unserer Arbeit nicht dienen, sondern nur Schaden bringen können.

Die Versammlung wurde durch gemeinsamen Gesang des „Feuerspruches“ geschlossen.

Jungdeutsche Versammlungen

Jungdeutsche Versammlung in Birnbaum

Am Sonnabend, dem 7. Juli, fand in Birnbaum eine Versammlung der JDP statt. Es sprach ein Posener Student. Der Sinn seiner Rede war stark verworren und die Worte waren auf „Kampf“ eingestellt. Worte und Melodie sind hinlänglich bekannt.

In der Diskussion sprach Herr Bardt-Lubosz (Kreisvorsitzender des Bauernvereins) und wies mit Empörung die Behauptung zurück, „man“ erkläre den Bauern als „zu dumm“. Dann sprach Herr Reiners, Birnbaum, und stellte überzeugend klar, daß gerade unser Kreis die Segnungen der genossenschaftlichen Organisation erfahren habe. Nur dadurch sind heute unsere örtlichen Organisationen überhaupt lebensfähig, und nur durch dieses wirklich praktische „genossenschaftliche Arbeiten“ sind wir Einzelnen vor Einbußen, Verlusten oder Schlimmerem bewahrt.

Als dritter Diskussionsredner sprach Herr v. Kalckreuth. Er wies darauf hin, daß der Hauptredner sehr unlogisch gesprochen habe. Denn man kann nicht eine Führung bzw. einen Führer (Landrat Raumann) fast bedingungslos anerkennen und loben und gleichzeitig alles unter seiner Leitung geleistete als Nichts bezeichnen. Man kann nicht eine Führung anerkennen und sie gleichzeitig mit Volks- und Vaterlandsverrätern auf eine

Stufe stellen. Die JDP behauptet (durch ihren Redner), sie arbeite hier schon seit 1930. Warum hat sie dann nicht schon zwischen 1930 und 1933 einen Weg zu der Führung gefunden, hat ihre Ideen gut ohne Kampf propagiert? Er wies weiter darauf hin, daß die Statuten der JDP verlangen, daß von den 10 führenden Männern der JDP stets 6 Bieltzer sein müssen und daß die gerechte Vertretung der einzelnen Teilgebiete dadurch sehr in Frage gestellt sei. Herr v. K. wies auch darauf hin, daß Verhandlungen, die zwischen Vertretern der bisherigen Führung und solchen der JDP in allerletzter Zeit stattgefunden haben, von Bieltz aus abgefragt und abgebrochen wurden, als man gerade zu einem beide Seiten befriedigenden Ergebnis gekommen war. Die JDP hat durch diese Abfrage mit vollem Bewußtsein den von uns allen als unwürdig und schädigend angesehenen „Kampf“ neu entfacht. Der Redner hat die Anwesenden mit ernststen, mahnenden Worten, nicht den Parteigeist aufkommen zu lassen und dadurch die Einigkeit und Einheit, die hier — allen Verleumdungen entgegen — uns zusammengehalten habe, zu zerstören.

Die Stellungnahme des Redners der JDP zur Diskussion war weder sachlich noch überzeugend. Kurz vor Schluß meldete sich noch Herr Schendel-Chalin zu Wort und gab auch dem Gedanken Ausdruck, daß wir alle zusammengehören und schnellstens wieder zusammenkommen müßten, wobei es von untergeordneter Bedeutung sei, auf welcher Basis wir zusammenkämen.

Die ganze Versammlung verlief in Ruhe und Frieden. Von Landbewohnern war fast niemand erschienen. Insgesamt waren anwesend ca. 200-250 Menschen, und zwar von den Angehörigen bzw. Freunden der JDP alles, was in und um Birnbaum wohnt.

Alles redet, nichts gerät mehr und kommt zu Ende.
Alles gackert, aber wer will noch still auf dem Neste sitzen
und Eier ausbrüten? **Friedrich Niehsche.**

Jungdeutsche Versammlung in Jablone

Am Sonntag nachmittag fand eine öffentliche jungdeutsche Versammlung in Jablone, Kreis Wollstein, statt. Der Friedbergersche Saal war überfüllt. 400 Personen mochten anwesend sein, davon vielleicht zur Hälfte Auswärtige. Hauptredner war Kaufmann Bruno Schulz, Wollstein. Herr Schulz zog in seinen sehr gewandten Ausführungen diesmal ganz andere Register, als man es sonst bei ihm gewohnt war. Bisher verwandte Herr Schulz seine rhetorische Kraft dazu, um heftige Angriffe gegen die Genossenschaftsorganisation zu richten (jedoch nicht gegen die jahrelang von ihm selbst maßgebend, aber mit bestrittenem Erfolge geleitete große Genossenschaft) und die politische Führung des Deutschtums stark zu kritisieren. Mit diesen demagogisch gefärbten Anschuldigungen konnte Herr Schulz natürlich stets den stürmischen Beifall seiner Parteimitglieder für sich gewinnen, die noch keine Gelegenheit gehabt oder gesucht hatten, sich ein unbefangenes Urteil über die Dinge zu verschaffen. Am letzten Sonntag aber hob Herr Schulz lediglich die positiven Aufgaben für den völkischen Aufbau des Deutschtums hervor und tat das in einer meist sachlichen Form, und über das Aufgabengebiet der Wirtschaftsorganisationen sprach er in allgemein gehaltenen Worten, ohne ausgesprochen anzugreifen und dadurch Widerspruch hervorzurufen.

Auf die Anfrage eines Ausspracheredners, warum er denn jetzt ein anderes Gesicht trage, meinte Herr Schulz, daß es seinen Sinn habe, nur das Niederreichende in die Volkssammlungen zu tragen und damit billige Erfolge zu erzielen, sondern man müsse die großen Linien für den Aufbau aufzeigen. Diese Ansicht ist gewiß richtig — warum tun nur die jungdeutschen Redner durchweg und warum tat auch bisher Herr Schulz das genaue Gegenteil? In der Aussprache sagte ein Gegenredner, daß das Gute, das Herr Schulz vorgebracht habe, nicht neu sei und daß sich um die Verwirklichung dieses Guten die deutschen Führer schon seit 15 Jahren bemühten. Auch Herr Schulz habe in der deutschen Führung während dieser Zeit maßgebenden Anteil und Einfluß gehabt. Wenn manches nicht so gelungen sei, wie man es sich vielleicht hätte wünschen mögen, dann treffe die Verantwortung auch Herrn Schulz. Von einer Partei jedenfalls werde man das Gute nie erhoffen dürfen, denn sie müsse ihrem Wesen nach demagogisch sein und könne die Versprechungen, mit denen sie jetzt noch Anhänger gewinne, nie erfüllen. Vor der Ueberhöhung der Massenbegeisterung auf Versammlungen müsse gewarnt werden, denn sie könne leicht ins Gegenteil umschlagen und müsse deshalb beizzeiten richtig gelenkt werden, denn „Bermunft ist stets bei wenigen nur gewesen“. Eine Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Loyalität gegenüber dem Staate, so sagte der Gegenredner, könne man nicht verstehen und nicht gelten lassen. Auf eine weitere Anfrage, warum die Jungdeutsche Partei die schon fast bis zum Abschluß gediehenen Einigungsverhandlungen kürzlich abgebrochen habe und wie das Durcheinanderregieren verschiedener Parteigrößen in der doch angeblich auf dem Führergrundlag aufgebauten Jungdeutschen Partei bei dieser Gelegenheit zu erklären sei, gab Herr Schulz in seiner Erwiderung keine Antwort.

Jungdeutsche Versammlung in Pinne

Am 8. Juli fand in Pinne eine Rundgebung der Jungdeutschen Partei statt, an der schätzungsweise 300 Personen teilgenommen haben, zum Teil jüngere Leute aus der näheren und weiteren Umgebung von Pinne. Ein weiterer Teil der Besucher dieser Versammlung waren Volksgenossen, die sich wohl eine solche Rundgebung „mal ansehen“ wollten. Die unparteiische Bauernschaft und der Großgrundbesitz waren gleichfalls sehr stark vertreten. Eröffnet wurde die Rundgebung durch den Leiter der Pinner Ortsgruppe der Jungdeutschen Partei. Herr Niehoff verlas einen kurzen Aufsatz über die Grundidee des Nationalsozialismus. Anschließend gab ein Student in längerer Ausführungen das wieder, was er für nationalsozialistische Weltanschauung hielt. Beide Redner konnten nicht den Weg zu den Herzen ihrer Zuhörer finden. Ein dritter Herr berichtete, wie er zur Jungdeutschen Partei gekommen ist. Es fand sich aber nur ein Zuhörer, der bereit war, ihm auf diesem Wege zu folgen.

In der anschließenden Aussprache stellte zuerst Herr Sondernmann-Przyborowka einige Unwahrheiten richtig und wies die Anschuldigungen, die von Herrn Wyle gegen die Lage erhoben wurden, entschieden zurück. Weiter sprachen zwei Bauern, Materne und Günther, gegen die zersetzende Arbeit der Jungdeutschen Partei. Sie mahnten mit ernststen Worten zu aufbauender Arbeit im Sinne der großen Idee von Blut und Boden. Ihre Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall fast aller Anwesenden aufgenommen. Ohne Sang und Klang und ohne Erfolg für die Jungdeutsche Partei wurde die Rundgebung nach zweistündiger Dauer geschlossen. Auf eine „Entschließung“ wurde wohlweislich verzichtet.

Die Jugend muß Schweigen lernen

Heß fordert von der Jugend strenge Disziplin

Anlässlich des Gauparteitages der NSDAP, Gau Hessen, fand eine Führertagung der Hitlerjugend des Bezirkes Niederrhein-Ruhr statt. Auf dieser Tagung sprach auch der Stellvertreter Adolf Hitlers, Reichsminister Rudolf Heß. Er begründete die enge Verbundenheit zwischen Hitlerjugend und der Gesamtbewegung. Das könne auch nicht anders sein, denn die Jugend der Bewegung sei das werdende der Bewegung wie das werdende des Volkes. Diejenigen täuschten sich, die glaubten, einen Riß zwischen der Jugend und den Älteren feststellen zu können.

Immer sei die Jugend radikaler gewesen, und immer habe sie mehr Schwung gehabt.

Pflicht der jungen Führer aber sei es, mit großem Feingefühl und feinem Abwägen, Führer der Jugend zu sein, dafür zu sorgen, daß dieser Schwung nicht Schaden leide, auf der anderen Seite aber auch abzuwägen, wo die Grenzen seien, daß nicht Schaden entstehe für die Gesamtheit. Das Gegengewicht sei die Disziplin, die Zucht.

Es sei notwendig, daß bei aller Freiheit der Mensch einen Spritzer Preußentum heute in seinem Blut habe. Preußentum bedeute noch nicht Kasernenhof, Preußentum im besten Sinne in sich habe der Führer, Preußentum sei Härte sich selbst gegenüber, Preußentum ertöte keineswegs den Geist.

Strenge Disziplin, geboren aus der Liebe zum Führer, müsse die Jugend beherrschen. Zur Disziplin gehöre auch Verschwiegenheit. Aus der Schwachsichtigkeit sei unserem Volke schon viel Schaden entstanden. Wenn die Jugend nicht das Schweigen lerne, im Alter sei es erst recht nicht möglich. Selbstverständlich sei auch eine Disziplin gegenüber dem Körper und der Seele zu fördern. Nur wenn der Körper rein sei, könne auch die Seele rein sein. Nur wenn die Seele der Kommenden rein sei, könne auch die Seele des Volkes rein sein.

Wir so fuhr Rudolf Heß fort, die wir jung geblieben sind, und ihr, die ihr jung seid, wollen gemeinsam schaffen für das neue Reich, das in vielem anders aussehen wird, als wir es heute sehen.

Mit eigentlich Widergefinnten versucht man umsonst Einigkeit zu halten, es bricht immer wieder einmal auseinander. **Goethe.**

Goethe-Worte

gegen die Miesmacher, Herunterzieher und Einreißer

„Die Herunterzieher machen, daß man sich ewig defensiv verhalten muß. Man hat nichts von ihnen, man wird nicht gefördert. Ihre Liebe gewinnt man doch nicht, und muß ewig wie vor Feinden auf der Hut sein.“ (Zu Riemer, 28. Juni 1809.)

„Alles opponierende Wirken geht auf das Negative hinaus, und das Negative ist nichts. Wenn ich das Schlechte schlecht nenne, was ist da viel gewonnen? Nenne ich aber das Gute schlecht, so ist viel geschadet. Wer recht wirken will, muß nie scheitern, sich um das Verkehrte gar nicht kümmern, sondern nur immer das Gute tun. Denn es kommt nicht darauf an, daß eingerissen, sondern daß etwas aufgebaut werde, woran die Menschheit reine Freude empfinde.“ (Zu Eckermann, 24. Februar 1825.)

„Wer dir etwas zweifelhaft hinterbringt, den kannst du nur gleich abweisen.“ (Zu F. v. Müller, 15. April 1819.)

„Durch böswillige und indiskrete Dichteleien macht man sich nur Feinde und verbittert Laune und Eifersucht sich selbst. Ich wollte mich doch lieber aufhängen als ewig negieren, ewig in der Opposition sein. Ihr seid noch gewaltig jung und leichtsinnig, wenn ihr so etwas billigen könnt. Das ist ein alter Sauerkeis, der den Charakter infiziert hat und aus der (französischen) Revolutionszeit stammt.“ (Zu F. v. Müller, 18. Juni 1826.)

„Was wir in uns nähren, das wächst; das ist ein ewiges Naturgesetz. Es gibt ein Organ des Mißwollens, der Unzufriedenheit in uns, wie es eines der Opposition, der Zweifelstucht gibt. Je mehr wir ihm Nahrung zuführen, es üben, je mächtiger wird es, bis es sich zuletzt aus einem Organ in ein krankhaftes Geschwür umwandelt und verderblich um sich frisst, alle guten Säfte aufzehrend und erstickend. Dann lehrt sich Reue, Vorwurf und andere Absurditäten daran, wir werden ungerecht gegen Andere und gegen uns selbst die Freude am fremden und eigenen Gelingen und Vollbringen geht verloren. Aus Verzweiflung suchen wir zuletzt den Grund alles Übels außer uns, statt es in unserer Verkehrtheit zu finden.“ (Zu F. v. Müller, 3. Februar 1823.)

Wer recht wirken will, muß nie scheitern, sich um das Verfehrte gar nicht bekümmern, sondern nur immer das Gute tun. Denn es kommt nicht darauf an, daß eingerissen, sondern daß etwas aufgebaut werde, woran die Menschheit reine Freude empfinde. Goethe.

Von der jungen Generation

Die Erörterungen über die Jugend stehen drüben im Reich seit einiger Zeit schon im Vordergrund. Auch unter den besinnlichen jungen Menschen dringt aber eine Erkenntnis durch, daß die Frage der Jugend schon zu weit nach vorn in den Erörterungen gerückt ist. Das Jungsein wird heute von vielen als Selbstzweck angesehen, aus dem sich alle möglichen Ansprüche herleiten lassen, obwohl doch gerade an dem biologisch bedingten Geseß des Alterwerdens deutlich genug zu erkennen ist, daß Jugend nicht Selbstzweck sein kann. Im Rahmen von Auseinandersetzungen über diese Fragen finden wir in der Monatschrift „Der Fackelträger“ (Dresden, Herausgeber: Dr. Georg Kieffer und Dr. Otto Paasche) die Zuschrift eines 17jährigen jungen Menschen, die sehr bemerkenswert ist und nicht nur der Jugend im Reich, sondern auch unserer Jugend zum Nachdenken Anlaß geben sollte. Denn was für den Anspruch der Jugend im Reiche gilt, gilt bei uns ebenso. Wir entnehmen der Zuschrift die folgenden Ausführungen. Die Schriftleitung.

„Das Preußentum hat niemals Wünsche der Jugend entgegengenommen, sondern immer Pflichten von ihr gefordert.“ Auch die heutige Generation hat kein Recht, zu fordern; von ihr soll nur gefordert werden. Eine alte Wahrheit, die zu den „ewigen ehernen Geseßen gehört, nach denen wir unseres Daseins Kreise vollenden.“ Wenn die junge Generation von der preußischen Tradition spricht, ihre Haltung aber der alten Generation gegenüber anmaßend und unbescheiden ist, so ist dies wenig folgerichtig. Denn macht sich diese junge Generation etwas vor. Das Preußentum aber duldet keine Illusionen, vielmehr ist sein Wesen: Sinn für Wirklichkeit und Härte. Seinem Wesen liegen Redensarten gar nicht.

Von dieser Tradition kann man nicht reden: man muß sie in sich tragen, ohne davon zu reden. Das Reden ohne folgerichtiges Handeln zumal — und das muß ausgesprochen werden — ist eine eitle Prahlerei mit großen, ernstlichen Dingen, ein Hingabe an Illusionen, die auch nicht das geringste mit der Wirklichkeit zu tun haben: ein Mißbrauch der preußischen Vergangenheit.

Ich sagte: Reden ohne folgerichtiges Handeln. Die meisten meiner Kameraden reden mir zu viel, und in Reich und Glied stillstehen sind noch keine „Taten“, sondern nur Zeichen für eine neue innere Haltung: und um diese neue innere Haltung bemühen sich viele nur in den seltensten Fällen, sie erschöpfen sich in der äußeren Form und glauben damit genug getan zu haben.

Aber gerade in den Zeiten des Umsturzes und der Neubildungen müssen wir Jungen mehr denn je an die Wurzeln.

Die Werte, aus denen preußisch-deutscher Geist entstand, haben wir zu erhalten. Das ist weder rückständig noch reaktionär, sondern der Wille zur Erhaltung des Besten; denn wir können nicht von der Wurzel los.

Leider hören wir nur zu oft von seiten der älteren Generation, wir hätten ein Recht, zu fordern. Dann kann sich das Goethewort bewahrheiten, nach dem auf eine gereifelte eine geprügelte Jugend folgt. Hier möchten wir die ältere Generation direkt bitten, uns das „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ vorzuhalten und nicht die,

die über Forderungen reden, denen vorzuziehen, welche die Tradition in sich tragen, ohne davon zu reden.

Manchmal scheint es geradezu so, als würden die Redenden als deutscher angesehen, als die, die nach der geistigen Leistung streben.

Deutscher, tritt in unsere Reihen

Der Deutsche Einheitsblock für die Stadt Posen ist nunmehr genehmigt. Damit ist von den staatlichen polnischen Verwaltungsbehörden in dieser für unsere völkische Zusammenfassung wichtigen Angelegenheit eine grundsätzliche Entscheidung getroffen worden, die ihre Wirkung wohl auch bald in den einzelnen Landkreisen nach sich ziehen wird.

Mit der Genehmigung des Deutschen Einheitsblocks wird dem Deutschtum der Wojewodschaft Posen zum ersten Male seit fast elf Jahren die Möglichkeit gegeben, sich außerhalb der Wirtschaftsverbände eine eigene bodenständige völkische Organisation zu schaffen. Der Deutsche Einheitsblock wird sich, ebenso wie in Pommern der Jungblock, wieder auflösen, sobald die schon vor längerer Zeit beantragte „Deutsche Vereinigung für Westpolen“ durch die Wojewoden in Posen und Thorn genehmigt sein wird. Die Deutsche Vereinigung wird einheitlich das gesamte Deutschtum Westpolens zusammenschließen, während die einzelnen Gruppen des Einheitsblocks in ihrer Wirksamkeit durch die Kreisgrenzen beschränkt sind.

Was der Deutsche Einheitsblock ebenso wie der Deutsche Jungblock in Pommern will und was später durch die Deutsche Vereinigung in Westpolen weitergeführt werden soll, ist im „Bekennnis“ eindringlich und klar ausgedrückt worden. Unser Wollen, das in diesem deutschen Bekenntnis ausgedrückt ist, wird jetzt auch die vom Staate anerkannte Form finden, in der wir es bestätigen können. Wir drücken es deshalb nachfolgend nochmals ab und bitten unsere Freunde, die sich mit uns zur deutschen Aufgabe bekennen, es zu unterschreiben und an die Geschäftsstelle des Deutschen Einheitsblocks in Posen, Waly Leżycyński 3, einzusenden, soweit sie es noch nicht getan haben.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Erneuerung unseres Deutschtums in Polen nicht erreicht werden kann durch die Aufregung unserer Volksgenossen in wortreichen Volksversammlungen, in denen sich das verantwortungslose Geschwäh austobt. Die fiebrige Erregung solcher Versammlungen nebst unere Volksgenossen nur in übertriebene Hoffnungen ein und läßt sie die harte Wirklichkeit vergessen. Eine um so schmerzlichere Ernüchterung muß folgen, wenn es sich zeigt, daß diese Hoffnungen gerade von denen nicht erfüllt werden können, die sie, ohne bisher eine Verantwortung getragen zu haben, zu erwecken suchen. Hoffnungen können nur gemacht werden, soweit sie eine Stütze finden in den tatsächlichen Verhältnissen, die uns und unserer Arbeit Grenzen ziehen. Hoffnungen, die über diese Grenzen hinausgehen, müssen zur Enttäuschung führen, und es droht die schwere Gefahr, daß gerade diejenigen, die sich heute von den Versammlungen begeistern lassen, morgen in ihrer

tiefen Enttäuschung sich der Hoffnungslosigkeit hingeben und gegenüber den völkischen Aufgaben des Deutschtums und eines jeden einzelnen von uns teilnahmslos werden. Von dieser Teilnahmslosigkeit bis zur Preisgabe des Deutschtums ist aber kein weiter Schritt!

Wir sind der Ueberzeugung, daß das Deutschsein weniger aus Volksversammlungen heraus gegeben werden und erlangt werden kann als vielmehr von innen heraus geweckt werden und wachsen muß. Nicht bloß die Sprache schafft dies Deutschsein, so sehr sie auch den Ausdruck unseres Lebens darstellt. Wir Deutschen alle müssen wieder gegeneinander das Gefühl gewinnen, daß wir ehrlich Brüder sind. Das Schicksal hat uns als Auslandsdeutsche auf besondere Art miteinander verknüpft und aneinander gebunden. Dies Gefühl des Verbundenseins scheint besonders durch die Vorgänge der letzten Monate innerhalb unseres Deutschtums erschüttert, ja oft verloren gegangen zu sein. Mancher Deutsche scheint in seinem anders denkenden Volksgenossen seinen erbittertesten Feind nur deshalb zu sehen, weil er über den Weg unseres Deutschtums anderer Meinung ist. Diese echt deutsche Verbissenheit des Bruderkampfes gilt es zu überwinden, und wir werden sie überwinden, wenn wir geschlossen und fest den Abwehrkampf gegen diejenigen führen, die uns den Bruderkampf gebracht haben.

Wir haben Vertrauen zu unseren deutschen Volksgenossen, auch zu denen, die heute noch verbledet scheinen. Wir glauben, daß sie aus einer zeitweiligen Verkrampfung den Weg wieder zurückfinden werden zu einer gemeinsamen, allen unseren Belangen dienenden Deutschtumsarbeit. Das Blut soll uns wieder aneinander binden, die gemeinsame Heimat Erde soll uns der gemeinsamen deutschen Verantwortung als auslandsdeutscher Volksgruppe wieder bewußt werden lassen, und das große deutsche Kulturgut soll uns wieder geistig einigen. Das alles soll uns auch den Weg führen zu unseren Volksgenossen in anderen Teilgebieten, mit denen wir uns seit 15 Jahren durch Heimat, Blut und Geistesgut, durch unser gemeinsames Schicksal verbunden wissen!

Wer diesen Weg zur Einheit mit uns gehen will, wenn gleich er vielleicht noch über mancherlei Dornen und durch mancherlei Kampf führen wird, der gehe mit uns mit um des Zieles willen und trete in unsere Reihen!

Deutscher Einheitsblock.

Verantwortlich für die Beilage „Die Wahrheit“: Hans Wachtel. Druck und Verlag: Concordia, Sp. Utc., drutarnia wódniactwa. Sämtlich in Polen, Zwierzyńska 6.

Hier abtrennen!

Bekennnis

1. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zum deutschen Volk,

dem wir durch unser Blut, unsere Erziehung und mit freiem Willen angehören. Wir sind ein Teil der deutschen Schicksalsgemeinschaft in Polen und bewachte Glieder des Gesamtdeutschtums in der Welt.

2. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zu den Pflichten, die uns als Bürger des Polnischen Staates

aufgelegt sind. Dieser gewissenhaft erfüllten Leistung entspricht aber auch unser natürliches und gesetzlich verbürgtes Recht, vom Staate zu fordern, daß er uns Deutsche schützt und unsere Arbeit an der Erhaltung und Förderung unseres Volkstums gestattet. Mit dem polnischen Mehrheitsvotum wollen wir in gegenseitiger Achtung gutes Einvernehmen halten.

3. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zu unserer Heimat,

als dem geheiligten Boden, der seit altersher von unseren Vorfahren gerodet und abgeerntet wurde, bis er ihnen nach harter Arbeit die letzte Ruhe gewährte. In Dorf und Stadt, als Bauern und Handwerker, Bürger und Knechte, brachten sie deutsches Recht und deutsche Kultur. Immer noch bestimmt der Wert ihrer Arbeit das Gepräge der Landschaft.

4. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zum Christentum.

Wir erwarten von jedem Volksgenossen, daß er treu zu seiner Kirche und zum Glauben der Väter steht. Eine Volksgemeinschaft kann nur bestehen, wenn sie auf die höchste Verantwortung, nämlich auf die Verantwortung vor Gott aufgebaut ist.

5. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zur Volksgemeinschaft.

Standesbündel von oben und Klassenstreit von unten sollen uns ebenjowenig auseinander bringen, wie der Parteihader, den wir — im Unterschied zu anderen deutschen Siedlungsgebieten — schon bald nach der Trennung vom

Mutterlande glücklich bezwungen hatten. Die Zeiten sind hart. Wir werden sie nur bestehen, wenn wir uns alleamt gute Kameraden sind und werden. In der Einigkeit liegt unsere Kraft. Deshalb lehnen wir alles ab, was dieser Einheit schaden könnte, und halten freiwillig Disziplin! In der Wahrhaftigkeit suchen wir unsere Ehre. Verleumder soll man in unseren Reihen nicht finden, sondern nur Männer und Frauen, die jeder Lüge feind sind. Wir dürfen niemals vergessen, daß wir unter fremdem Volk doppelt zu Selbstzucht und vorbildlichem Wandel verpflichtet sind.

6. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zur Opferbereitschaft,

in der wir täglich neu unsere völkische Kameradschaft und christliche Brüderliebe beweisen. Als heiliges Vorbild verpflichtet uns der Opfertod von Millionen deutscher Brüder. Alle materiellen Opfer reichen an solche Hingabe ihres jungen Lebens nicht heran. Wir wollen härter denn je der Not zu Leibe gehen, die sich in unseren Reihen zeigt. Jeder Deutsche, der arbeitsfähig und willig ist, muß seinen Arbeitsplatz erhalten. Ueber diese Berufshilfe hinaus haben sich Opferinn und Gemeinschaftsgeist an allen notleidenden Volksgenossen, vornehmlich in der Nothilfe, zu bewähren.

7. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zur deutschen Zukunft.

Das Erbe der Väter gehen wir weiter an Kinder und Kindeskinde: Deutsches Blut, deutsche Sprache, Lied, Sitte und Art. Kein junges deutsches Haus ohne deutsche Kinder, und kein deutsches Kind ohne deutsche Schule! Wir wissen, wie weit wir noch von diesem Ziel entfernt sind. Doch wir werden nicht müde im Kampf um unser gutes Recht, in diesem Kampf um unseres Volkes Zukunft, der nicht mehr allein von den Eltern, sondern von allen Gliedern der Gemeinschaft getragen werden muß.

8. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zur deutschen Ordnung.

Die Gliederung unseres Volkstums baut sich auf dem Führergedanken auf. Bei der Wahl des Führers entscheiden

allein Leistung, Charakter und Blut. Bis zur politischen Neugliederung unseres Deutschtums soll der

Deutsche Einheitsblock

zusammen mit den besonderen Beauftragten der Führung Träger der volkspolitischen Arbeit sein. Unabhängig von jeder politischen Organisation leisten Berufsstände sowie kulturelle Vereine und Einrichtungen aller Art ihren Dienst an Volkstum und Heimat.

9. Wir Deutsche in Posen und Pommern bekennen uns zur deutschen Treue.

Auf dieser gegenseitigen Treue beruht das Verhältnis zwischen Führer und Gefolgschaft. Auf dieser Treue gründen sich Kameradschaft und Opferinn. In dieser Treue halten wir, allen Widerwärtigkeiten zum Trost, an unserer angestammten Heimat fest. Diese Treue zueinander muß uns alle, vom Führer bis zum letzten Mann, den Satz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ lebendige Erfahrung werden lassen. Niemand darf an seiner Volkstumsarbeit verdienen, jeder soll seinem Volk mit ganzem Herzen dienen. Mit dieser Treue stehen wir zu unserem Bekenntnis im Leben und im Tod.

Ort, den Datum, 1934.

Vor- und Zuname

Beruf

Wohnort und Kreis